

E.ON-Rekommunalisierung: “Auf Pump“ vom Geld der Bürger !

Die FDP Hövelhof sieht sich in der Entscheidung zur Ablehnung der Erhöhung der Anteile in der neuen Netzgesellschaft EWW im Rat der Gemeinde bestätigt.

Dass die E.ON-Rekommunalisierung vom Rat der Sennegemeinde Hövelhof mehrheitlich beschlossen wurde, ist bekannt. Dass die FDP-Fraktion die kommunale Beteiligung geschlossen abgelehnt hat, ist vermutlich auch jedem vor Ort geläufig.

Die FDP-Fraktion hat sich auch deshalb dagegen entschieden, da dieser Anteilerwerb nicht in die mit viel Mühe geschaffene Entwicklung eines finanziellen Gleichgewichtes in Hövelhof passt. In der Haushaltskonsolidierung sieht die FDP-Fraktion in den kommenden Jahren basierend auf dem Bericht der Gemeindeprüfungsanstalt gute Chancen, voranzukommen, unsere strukturellen Probleme zu verbessern.

Hierzu hätten wir die rund 1,3 Millionen Bareinlage in die Gesellschaft sicherlich besser verwenden können, meinte der Fraktionsvorsitzende Rudi Lindemann.

Teile des Hövelhofer - Gemeinderats schienen bloß die kurz- und mittelfristigen Chancen und Risiken der vorliegenden Rekommunalisierung zu sehen, aber sie verkennen die rasante technologische Fortentwicklung der Energiewende.

Auch wenn das Darlehen über 10 Millionen Euro zur Beteiligung nicht direkt von der Gemeinde Hövelhof aufgenommen wird, muss man es doch de facto so betrachten.

Ein Unterfangen, was nach Meinung der FDP demzufolge gleich zwei Generationen gegenüber wahrlich ein Unding ist: “*Kaufen auf Pump*.“ vom Steuergeld der Bürger

Versprochene Rendite, die den nachfolgenden Generation versprochen werden, mögen vielleicht möglich sein, doch garantiert ist rein gar nichts. Garantiert ist nur die Tatsache, dass es sich um ein schulden- und steuerfinanziertes Projekt handelt, ergänzte der stellv. Fraktionsvorsitzende Ekhard Schumann die Argumente der Fraktion.

Diese Ansichten und Meinungen werden zwischenzeitlich auch in den Räten der möglichen Anteilseigner, die noch in der Entscheidungsfindung sind, kritisch diskutiert. Gleich welcher politischen Couleur angehörend, die Anteile auf Kredit zu erwerben, wird in einigen Gemeinden schlichtweg abgelehnt.

Aufgrund der Aufstellung von nicht öffentlichen Wirtschaftsdaten der EON – Gesellschaft wurde der Beschluss im Einzelnen in nicht öffentlicher Sitzung gefasst.

Die FDP Fraktion wird zur nächsten Ratssitzung beantragen, dass die Bürger einen öffentlichen Einblick von den nun beschlossenen Anteilen bekommen.

Auch die Stellungnahmen der Politik und Verwaltung zur Entscheidung über das Geld der Bürger soll öffentlich gemacht werden.

Weitere Informationen auf unserer Internetseite: fdp-hoewelhof.de